

7. Resümee und Ausblick

7.1 Resümee

Meine Untersuchungen haben ergeben, dass die Religiosität muslimischer Jugendlicher und die Integration nach hiesigem progressivem Verständnis keine Gegensätze darstellen. Weder steht die Integration der Religiosität im Weg noch hindert die Religiosität die Integration. Im Gegenteil: Einerseits geht mit der islamischen Religiosität zwingend die Integration einher, andererseits öffnet die Integration eine Schneise zur islamischen Religiosität.

Die Religiosität, verstanden als Leben nach den Vorgaben einer Religion, bietet muslimischen Jugendlichen die Möglichkeit, ihren Überzeugungen folgend zu fühlen und zu denken.

Um die Art und Ausmaße der Religiosität muslimischer Jugendlicher zu erfassen, wurde unter Zuhilfenahme der anerkannten Glock'schen Untersuchungsmuster eine fünfteilige Kategorisierung der sozialen Äußerungen der Religiosität vorgenommen. Bei ihrer qualitativen Erfassung zeigten sich verschiedene Formen, um als muslimische Jugendliche in Deutschland zu leben.

Dementsprechend wurde eruiert, dass sich muslimische Jugendliche zu den islamischen Glaubensgrundsätzen bekennen und ihre Religionszugehörigkeit als einen wesentlichen Bestandteil ihrer Identität empfinden.

Die meisten unter den Befragten haben jedoch mit der durchgängigen Erfüllung der islamischen Hauptpflichten Schwierigkeiten – trotzdem erkennen sie deren Wichtigkeit an und definieren sich durch ihren Glauben.

Sie assoziieren »Islam« mit den Begriffen Frieden, Gottes- und Menschenliebe, Hoffnung, Glückseligkeit und Fleiß. Den Islam verstehen sie als ein »Buch«, in dem sie auf ihre diffizilen Fragen verständliche Antworten finden.

Nahezu alle befragten muslimischen Jugendlichen sind mit ihrem religiösen Wissensstand nicht zufrieden – sie seien weder ausreichend infor-

miert noch unterrichtet. Hierzu beklagen sie den Mangel an Angeboten und Orten zur religiösen Weiterbildung.

Sie weisen auf die herausragende Bedeutung der Kindererziehung nach islamischen Werten hin. Eine Ehe mit einer nicht muslimischen Frau oder mit einem nicht muslimischen Mann verweigern sie nicht generell.

Die muslimischen Jugendlichen suchen eher in der Fastenzeit im Monat Ramadan sowie zu den Festtagsgebeten eine Moschee auf als zu täglichen Gebeten und dem Freitagsgebet. Dabei werden die Moscheen in unmittelbarer Umgebung bevorzugt.

Die Befragten sind mehrheitlich in keinem muslimischen Verein organisiert. Die inhaltliche Ausrichtung der Organisationen ist den Jugendlichen kaum bekannt, sie bekunden auch kein Interesse, diese näher kennenzulernen. Überdies haben sie mehrheitlich eine lockere Bindung an Moscheegemeinden.

Als wichtigste Aufgabe der Moschee betrachten sie, dass diese für alle offen ist und als Ansprechpartner für Muslime und Nichtmuslime fungiert sowie intensive Bildungsarbeit anbietet. Ein guter Imam zeichne sich durch ein überdurchschnittliches und fundiertes Wissen über den Islam sowie ein solides Allgemeinwissen aus. Dazu gehören ein vorbildlicher Charakter und vor allem Kommunikationsfähigkeit.

Islam und Demokratie bilden also keine Gegensätze. Gewalttätige Personen und Gruppen, gar die Gewalt als solche, werden als »unislamisch« abgelehnt.

Gemäß den Antworten lässt sich schließlich feststellen, dass der soziale Aspekt der Religiosität, und zwar die Befolgung der religiösen Vorgaben, unterschiedlich ausgebildet ist. Gleichwohl erkennen die muslimischen Jugendlichen ihre »Lücken« und zeigen Bereitschaft, diese zu schließen.

Dies kann ihrer Integration nur förderlich sein, hat sich doch herausgestellt, dass – man betrachte Integration und Religiosität der muslimischen Jugendlichen als zwei aufeinander zulaufende Prozesse – sich beide sowohl bei der weiteren Entwicklung von Integrationsgelegenheiten als auch bei der Zunahme an Religiosität muslimischer Jugendlicher letztlich gegenseitig durchdringen werden.

So verstehen die befragten Jugendlichen ein Leben in Konformität mit den islamischen Werten als Schutzmauer für ein konsequentes und gesetzesstreues Dasein sowie ein Leben ohne Drogen- und Alkoholprobleme. Der Islam gilt durchaus nicht als Hindernis, Deutschland als Heimat anzusehen und dessen Gesetze einzuhalten.

Folglich gehen der Islam und ein aufgeklärtes Leben nach islamischem Duktus mit einer erfolgreichen Integration Hand in Hand einher.

7.2 Ausblick

Seit Jahrzehnten befinden sich Menschen verschiedener Religionen im Austausch.

Doch derzeit verläuft die Diskussion über den Islam und die Muslime nicht selten entlang eines »Islamismus/Fundamentalismus/Terrorismus«-Paradigmas. Leben in Deutschland nicht über drei Millionen Menschen islamischen Glaubens – die meisten seit über 40 Jahren – ohne Konflikte, ohne terroristische Attentate, Intrigen oder andere kriminelle Machenschaften?

Dass aber Jugendliche (auch muslimische) Schwierigkeiten bei der Integration in die Gesellschaft Probleme haben, soll hier nicht in Abrede gestellt werden. Wie bereits ausgeführt (vgl. Kap. 3.2), ist es vonnöten, Integration als eine »soziale Frage« aufzufassen. Heute sind Jugendliche mit unterschiedlichen sozialen Problemen (fehlende Bildung, geringe soziale Aufstiegschancen, lang andauernde Arbeitslosigkeit u.a.) konfrontiert. Dabei werden Sprachprobleme, Schul- und Ausbildungshindernisse, Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten von Mädchen und Frauen sowie berufliche Misere einzelner Menschen nicht deutscher Herkunft nicht spezifisch als gesellschaftliche Problemlage diskutiert, sondern eben mit dem Islam und der islamischen Religiosität fälschlich in Verbindung gebracht.

Diese Studie hat aber gezeigt, dass gerade die islamischen Quellen und islamische Religiosität die Integration fordern und fördern. Zu diesem Zweck können die islamischen Grundsätze (z.B. einer schulischen und beruflichen Qualifizierung) zur Motivierung der muslimischen Jugendlichen effektiv eingesetzt werden. Sie lassen sich mit den entsprechenden Schlagworten aus den islamischen Quellen (Bildungspflicht, rechtschaffene Werke, ehrlich verdientes Geld, Fürsorgepflicht, Ehrlichkeit, Weiterbildung etc.) ansprechen – nicht nur solche mit religiöser Lebensführung.

Bei Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen bietet die islamische Religiosität den Jugendlichen einen entscheidenden »Ausweg« (vgl. Koran, 103:1-3; 2:45, 152, 250; 22:35). Ebenso bekämpft sie die Ursachen für Kriminalität und Drogenmissbrauch (vgl. Interviews). Ein aufgeklärtes Islamverständnis bewahrt die muslimischen Jugendlichen durchweg vor »extremistischen« Fehlritten.

Ein gesellschaftliches Umdenken ist erforderlich: Speziell ist es wichtig und erforderlich, Abstand von der Vorstellung »Migrant = Türke = Muslim = Fremder« zu nehmen und den Islam nicht als ein »Ausländerphänomen« anzusehen – schon gar nicht ist es mit »Fundamentalismus/Radikalismus/Terrorismus« gleichzusetzen. Die zunehmende Globalisierung und die Realität der »einen« Welt mit ihren kulturellen Überschneidungssituationen stellen uns vor vielfältige neue Herausforderungen – aber auch Gefahren. Deren größte röhrt von den lokal bis global agierenden terroristischen Netzwerken. Daher ist die gängige »Zweiteilung der Welt« – einst in

eine westliche und östliche bzw. kapitalistische und kommunistische Zone und jetzt in eine westliche und islamische Welt – weder für den Weltfrieden noch für den interkulturellen und interreligiösen Dialog zuträglich. Uns sollte inzwischen durchaus bewusst sein, dass unsere Erde eins ist. Daher lohnt es sich, eine gemeinsame und aufrichtige Gefahrenanalyse voranzutreiben, ohne Kulturen oder Religionen für Kontroversen haftbar zu machen.

Sodann ist von den gängigen und weitverbreiteten Denkfehlern abzusehen, »islamische« Organisationen mit ethnischen Organisationen und sozialen Milieus gleichzusetzen. Es beschleicht nicht wenige der Gedanke: Extremismus in Form des Terrorismus ist eine politische Bewegung der Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer, die Religion oder Kultur zu eigennützigem Zwecke instrumentalisiert. Hierzu hat sich zuletzt auch der Bundespräsident a.D. Johannes Rau in seiner Rede beim Festakt zum 275. Geburtstag von Gotthold Ephraim Lessing am 22.01.2004 in Wolfenbüttel manifest und richtungweisend geäußert:

»Wir müssen die Auseinandersetzung mit dem Fundamentalismus führen, aber differenziert und an der richtigen Stelle. Pauschaler Verdacht stärkt den Fundamentalismus, statt ihn zu schwächen. [...] Zur Auseinandersetzung mit dem Fundamentalismus gehört auch, deutlich zu sagen, dass Fundamentalismus nicht nur die Sache einer Religion oder einer Überzeugung ist. Allen Fundamentalisten ist eines gemeinsam: die Überzeugung, allein im Besitz der Wahrheit vom Sinn menschlicher Existenz und von dem Weg zu sein, der zur Erfüllung dieses Sinnes führt. Darin bekämpfen Fundamentalisten Vertreter anderer Wertordnungen, und manche halten sich sogar für berechtigt, das mit Gewalt zu tun.«

Daher wäre es unser aller Aufgabe, nicht den Floskeln wie »Kampf der Kulturen« nachzueilen, sondern aufrichtig und glaubwürdig für das Gemeinsame, den interkulturellen und interreligiösen Dialog, zu plädieren. Doch können trotz der rasanten informationstechnischen Entwicklungen besonders zwei Probleme für den interkulturellen und interreligiösen Dialog konstatiert werden:

Erstens: Beide Seiten tendieren dazu, die negativen Seiten des jeweils anderen hervorzuheben und ihn darüber zu definieren. So werden zumeist nur diese »Schwächen« mit Augenklappen wahrgenommen, die nur ein Teil der Realität sind. Keiner kann ernsthaft behaupten, dass Deutschland für Skinheads, Fremdenfeindlichkeit oder Völkermord steht – so sollte auch nicht behauptet werden, dass muslimische Gesellschaften für Fanatismus und Intoleranz stehen. Solche Wahrnehmungen und Definitionen be- und verhindern den Dialog.

Zweitens: Dialog findet nicht zwischen heterogenen ganzen Systemen statt, sondern zwischen einzelnen Individuen oder Menschengruppen. Daher stehen sich nicht nur zwei Akteure gegenüber, sondern mehrere. Logi-

scherweise tut es not, eine *pluralistische* Diskussionskultur zu schaffen, die tolerant, respektvoll, aufrichtig und glaubwürdig ist.

Deutschland ist schon lange nicht mehr monokulturell und monoreligiös strukturiert. Diese plurale Wertegemeinschaft ist als Gewinn für die Menschen zu begrüßen. Hierbei geht es weder um Xenophobie noch um Exotismus, vielmehr um gedeihlich-kritisches und konstruktives Miteinander. Alle Mitglieder unserer Gesellschaft sind darauf angewiesen, sich gegen Opportunismus, Demagogie und Agitation zu verwahren – mit einer »Ethik der Vernunft«: Sie ist deshalb erforderlich, weil in einer pluralen Wertegemeinschaft aufgrund unterschiedlicher Werte und Normen, unterschiedlicher Interpretation von Zeichen, Handlungen, Gesten und Worten sowie unterschiedlicher Konzepte von Raum, Zeit oder Denken leicht das Gefühl aufkommen kann, dass sich der in der Begegnung kulturell und religiös anders geprägte Mensch falsch verhält – dabei können in diesen interkulturellen und interreligiösen Überschneidungssituationen folgenschwere Missverständnisse entstehen.

Folglich ist das interkulturelle und interreligiöse Lernen in der Gesellschaft zu forcieren, um in ihr die interkulturelle und interreligiöse Kompetenz zu verbreiten. Hier ist vorrangig die Erwachsenenbildung gefragt. Dessen Zielbeschreibungen – wie Toleranz, Friedfertigkeit, Zusammenarbeit, Ideenreichtum, interkulturelle und interreligiöse Kompetenz – zeigen Wege aus interkulturellen und interreligiösen Überschneidungssituationen auf. Bildung kann helfen, die Integration der Muslime und Nichtmuslime in Deutschland und Europa, die bereits im Gange ist, weiter anzukurbeln und eine »Kultur der Toleranz und des Miteinanders« zu entwickeln, indem sie allen bewusst macht, dass die Pflege der »eigenen und fremden« Kultur eine alltägliche Bürgerpflicht ist.

Die jungen Muslime haben es in dieser Studie auf den Punkt gebracht: Sie betrachten sich *zunehmend* als deutsche *und* europäische Muslime. Namentlich Gotthold Ephraim Lessing und Johann Wolfgang von Goethe sind Vorreiter auf diesem Pfad, mit einer klaren Botschaft: Menschen unterschiedlicher Kultur und Religion können gleichberechtigt miteinander leben, und das ist gut für alle.

Sowohl die Mehrheitsgesellschaft mit ihren staatlichen und nicht staatlichen Institutionen als auch die Muslime mit ihren Organisationen und Einrichtungen können sich zu einer gemeinsamen *Gesamtgesellschaft* integrieren. Sie können hierzu einander unterstützen. Dazu sollte man auf der einen Seite

- den Islam als eine gleichberechtigte Weltreligion anerkennen, Muslime in diesem Lande mehr Möglichkeiten der Partizipation am gesellschaftlichen Leben einräumen und gegenüber dem *gelebten* Islam eine öffentliche Toleranz erkennen lassen;
- den sozialen und strukturellen Integrationsrahmen für Muslime als

- Voraussetzung für ein interkulturelles Zusammenleben herstellen;
- objektive Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit über den Islam in der gesamten Gesellschaft mit dem Ziel der allgemeinen Sensibilisierung für den Umgang mit Migranten und Andersgläubigen durchführen;
 - den Islam getrennt von »Fundamentalismus/Islamismus« betrachten und schließlich die Ethnisierung von Konflikten und den generellen Fundamentalismusverdacht gegenüber muslimischen Organisationen und Muslimen beenden;
 - dafür Sorge tragen, dass der Bund, die Länder und die Kommunen mit muslimischen Organisationen in engerer ständiger Kooperation stehen;
 - den Zugang der muslimischen Jugendlichen zu ihren Wurzeln und ihrer Kultur durch spezielle Bildungsangebote, Förderung der Mitgliedschaft und ehrenamtliches Engagement in muslimischen und nicht muslimischen Vereinen, Moscheegemeinden usw. ermöglichen;
 - den Bedarf an Lehrstühlen für »islamische Theologie« an deutschen Universitäten decken, um das Lehrpersonal für den islamischen Religionsunterricht, für Vorbeter (Imame) in Moscheen usw. auszubilden;
 - den Muslimen, insbesondere muslimischen Jugendlichen, eine fundierte und zusammenhängende religiöse Bildung u.a. durch Einführung eines verbindlichen Islamunterrichts in öffentlichen Schulen sowie durch Darstellung des Islam in offiziellen Schulbüchern ermöglichen, damit sie sich substanzell mit ihrem Glauben auskennen und infolgedessen gegen jedwede »extremistische« Interpretation resistent sind und
 - ihnen in Deutschland konkrete Möglichkeiten zur Identitätswahrung und -entwicklung anbieten.

Demzufolge sollte das Festhalten der jungen Muslime an ihrer kulturell-religiösen Identität nicht als Bedrohung, sondern als erhebliche Voraussetzung für Integration dargestellt werden.

Selbstverständlich sind auf der anderen Seite die Muslime aufgerufen, durch wesentliche Eigenanstrengungen aktiv zu diesem »Projekt« beizutragen. Auch das Etikett »Opferstatus« oder ein Leben in Gettos oder gar die Bildung einer Parallelgesellschaft wird weder dem Islam noch den Muslimen gerecht und förderlich. Deswegen mahne ich mit Nachdruck allen hiesigen Muslimen folgende Bemühungen an:

- Die Muslime, insbesondere die muslimischen Organisationen, sind aufgefordert, offensiv gegen den »Missbrauch des Islam« vorzugehen, indem sie unmissverständlich allen terroristischen Akten eine Absage erteilen und sich darüber hinaus auch von Gewaltparolen distanzieren.
- Wichtig wie erforderlich ist es hierbei auch, allen antisemitischen und

rassistischen Erscheinungen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft Einhalt zu gebieten.

- Alle muslimischen Organisationen sollten – soweit dies bislang vorgekommen sein sollte – jedwede extremistische oder ausschließlich nationalistische Orientierung und Beeinflussung von Parteien oder Personen aus dem In- und Ausland meiden.
- Eine gezielte gemeinnützige Arbeit soll bestimmt sein. Darüber hinaus müssen sie sich gezielt um die Belange ihrer Gemeindemitglieder kümmern und mit staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen kooperieren.
- Alle muslimischen Organisationen, an erster Stelle die Moscheegemeinden, sollten einen Generationswechsel in ihren Führungsriege ermöglichen, denn nur mit sprachkompetenten und qualifizierten jungen Menschen, die die Kultur und Rechtsordnung dieses Landes kennen und sich bewusst mit dieser Gesellschaftsordnung identifizieren, können sie in der Gesellschaft integrationsfördernd wirken.
- Moscheegemeinden müssen eine übernationale, interkulturelle und unabhängige Struktur erhalten, die etwa von dafür konstituierten Stiftungen getragen werden kann.
- Moscheegemeinden sollen die Erwachsenenbildung, das interreligiöse/-kulturelle Lernen zur Alltagsbewältigung und zivilgesellschaftlichen Orientierung sowie die psychosoziale Beratung junger muslimischer Frauen und Männer auf ihr Tagesprogramm setzen.
- Der islamische Religionsunterricht soll für Jugendliche und Erwachsene als Lernprozess unter dem Aspekt der Entwicklung von Problemlösestrategien und der Aktivierung von gesellschaftsdienlichem Verhalten gelten.
- Muslimische Einrichtungen sind dazu angehalten, allmählich dazu überzugehen, die deutsche Sprache als Hauptsprache für ihre Aktivitäten zu verwenden.

Deutschland steht für Respekt und Toleranz zwischen Religionen und Kulturen,¹ verfügt damit über einen unentbehrlichen Nährboden zur Ver-

¹ | Die Fundamente der Kultur in Deutschland bilden Persönlichkeiten wie von Goethe, die mit ihren Veröffentlichungen viele Ideen und Ratschläge hierzu gemacht haben. Daher ist es erneut erforderlich, diese Schriften beispielsweise in der Schule zur maßgeblichen Literatur zu erklären (vgl. von Goethe 1981; Lessing 2000). Unser Grundgesetz, das eine *Kultur der Verständigung und Toleranz* lehrt, muss insoweit ebenfalls als Basislektüre in der Schule behandelt werden, damit sich die jungen Menschen mit diesem identifizieren können (vgl. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und Avenarius 2001).

wirklichung dieser Bedingungen. Es ist eine Angelegenheit *aller* Menschen, diese Werte unserer Gesellschaft zu wahren und auszugestalten – gleich ob Christ, Jude oder Muslim!